

SPUNited 2003

Ausgabe 3/03

Freitag, 11. Juli 2003

Die offizielle Tagungszeitung des Schüler-Planspiels United Nations

SPUN is coming home



Ich war noch niemals in New York, ich war noch im Bundestag, einmal Plenarsaal, das ist alles was ich will.

Erstens kommt es anderes, und zweitens als man denkt: mit ein wenig Glück, dem richtigen Ansprechpartner und einer extrem guten Kooperation mit dem Maritim-Hotel steht der SPUN-Sitzungswoche 2003 nun am Samstag Nachmittag der Plenarsaal des Bundestages zur Verfügung.

Diese unerwartete Gelegenheit wird natürlich voll ausgenutzt, und so hat sich der Ablauf der folgenden Tage leicht verändert:

Heute Mittag geht die Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen zu Ende. Nach dem extensiven Power-Lunch in der Bundestag-Cafete tagen dann

nur noch die Hauptorgane der UN: Die GV, der WiSo und der SR. Die gemeinsame Eröffnung der GV mit Eröffnungsreden von allen Delegationen fällt aus. Freitag Nachmittag und Samstag Vormittag werkeln also diese drei an ihren Resolutionen, bevor am Samstag um 14.00 h die große SPUN-Abschluss Sitzung beginnt. Hierzu versammeln sich alle Teilnehmer im „Blauen Saal“ des Bundeshaus – das ist der mit den 650 Stühlen und der Krähe an der Wand. Während dieser Versammlung werden wir alle gemeinsam die SPUN-Woche noch einmal Revue passieren lassen. Nach der feierlichen Eröffnung durch „His SPUNness“ Djamal Adib hat nun jede Delegation die Chance, in einer Minute Redezeit die Sitzungswoche zusammenzufassen. Ihr könnt also eure Entwürfe für die Eröffnungsrede kreativ umschreiben. Im Anschluss folgt noch der Bericht aus den einzelnen Ausschüssen und dann ist die Bühne frei für die nächste legendäre SPUN-Menschenansammlung...

Süßes vom Koch

von Matthias Koch

Mussten wir denn erst wieder schimpfen, bis es besser wurde? Oder ist es in Deutschland nur auf dem informellen Wege möglich, Unterstützung öffentlicher Stellen zu bekommen? Wie immer die Antwort lauten mag, ob also letztlich die Rede unseres Generalsekretärs oder der unglaublich geschickte diplomatische Schachzug von Projektleitung und Orgas den Ausschlag gegeben hat, fest steht seit gestern, dass die SPUN-

Schicksalsgemeinschaft in diesem Jahr wieder auf höchst pompöse Weise in die heilige und denkmalgeschützte Halle des Plenarsaals einziehen können.

Bei soviel guten Nachrichten mag es kaum verwundern, dass die heutige Überschrift ein wenig aus der Reihe fällt, aber keine Angst: Morgen gibt's wieder Saures! Oder 'nen Keks.

Inhalt:

SPUN is coming home	S. 1
Gentechnik in Kritik	S. 2
Der Unsicherheitsrat	S. 3
Menschenrechte today	S. 4
Abrüstung auf Zeit	S. 5
WP und ÖN - ein starkes Team	S. 6
Für die einen ist es Terror,...	S. 7
Nachrichten aus aller Welt	S. 8

Die Krux mit dem Gen

Schwere Geschütze in der SoKo Ernährung

Wenn Indien, Mexiko und Ägypten sich gemeinsam an einen Tisch setzen, kann theoretisch alles passieren – eine kunterbunte Pyramidenkollage aus Bast und Schilf, ein Wer-kann-schärfer-essen-ohne-unglücklich-zu-werden-Wettbewerb oder eben eine Resolution zu den Gefahren der Genmanipulation. In klaren, ungeschminkten Worten prangern die Verfasser des Resolutionsentwurfs die ihrer Meinung nach fahrlässige Politik der US-Regierung in Bezug auf Genmanipulation von Nahrungsmitteln an. Besonders im Bezug auf gentechnisch „aufgearbeitete“ Hilfslieferungen besteht ein großes Konfliktpotenzial, welches sich auch während der teils hitzigen Debatte voll entladen konnte. Die Delegierte Deutschlands fasste den Grundtenor der Resolution wie folgt zusammen: „Jeder Mensch sollte wissen, was er gerade isst.“



Die beiden Ernährungsvorsitzenden

Hiergegen legte allerdings die USA Beschwerde ein. Nicht nur, dass eine „generelle Kennzeichnung [von gentechnisch veränderten Lebensmitteln] der Wirtschaft schadet“, aber die Unterstützer des Resolutionsentwurfs würden diesen Schaden durch ihre hysterische „Angstmacherei“ auch noch verschlimmern.

Ferner gehe es bei dieser Debatte laut den USA auch um eine humanitäre Frage. Ohne Gentechnik könne eine ausreichende Versorgung hungerleidender Gebiete nicht gewährleistet werden. Ganz anders sehen das die europäischen Staaten und die Länder der dritten Welt. Mit einigen wenigen Ausnahmen stehen die Empfängerländer von Hungerhilfen der Gentechnik kritisch gegenüber. Dies beruht zum Teil wohl auf Angst vor dem Unbekannten und auf dem unwohligen Gefühl, als Versuchskaninchen missbraucht zu werden. Die Tatsache, dass genmanipulierte Getreidehybride oft nicht fortpflanzungsfähig und somit nur von kurzfristigem Nutzen für die Betroffenen sind, wird auch seinen Teil dazu beitragen.

Vielen erscheint die Gentechnik viel mehr als eine potentielle Geldquelle für reiche Agrartechnikkonzerne als eine Chance für gerechte internationale Nahrungsversorgung. Die Delegierte Venezuelas versuchte diese Bedenken so häufig wie möglich in die Debatte mit einzubringen: „Wir reden hier über Hungerhilfe, nicht über Wirtschaft.“ Die



Ein paar Gen-Lizenzen gefällig?

USA reagierten genervt: „Dann sollen die Länder ihre Hungerhilfe halt woanders beantragen.“ Und so spiegelte auch das Abstimmungsverhalten des Amerikaners diese Grundhaltung wieder. Es war ein Ding der Seltenheit, die Debatte einmal nicht mit einem amerikanischen Antrag auf Streichung zu beginnen.

Letztendlich war es dieses (schon als destruktiv beschreibbares) Verhalten einiger Delegationen, welches letztendlich dazu führte, dass die Resolution schlimmer zerpfückt wurde als ein Huhn in einer Daunnenfabrik. Dies wiederum bedingte, dass der Entwurf die erforderliche Anzahl an Stimmen verfehlte und verworfen werden musste; sehr zum Bedauern des Vorsitzes, der in die Resolution große Hoffnungen gesetzt hatte.

Stilblüten:

Vorsitz im SR: „Lobbt euch das Herz aus!“

Frankreich im SR: „Dieser Absatz ist so schwammig, das wir ihn nur zur Wahrung der Authentizität aufnehmen sollten.“

SPUN-Geschäftsführer Sebastian Hartmann in seiner Eröffnungsrede: „Jede Seite hat zwei Medaillen“

Saudi-Arabien in der SE: „Niemand verhungert gern.“

Venezuela in der WP: „Ich gebe mehr oder weniger zu, dass wir auch eine korrupte Regierung haben.“

Frankreich im WP: „Finden Sie es gerecht, dass 15 Mio. Menschen verhungern?“
Darauf Japan: „Moment, da muss ich mal überlegen.“

Vorsitz der WP: „Das ist kein Antrag zur GO, aber es ist auch ganz nett.“

Untertitel des US-Länderschildes in der SE: „USA -Proudly annoying other countries since 1776“

Saudi-Arabien in der SE aus seinem Weisheits-Buch: „Zähle die Küken nicht, bevor sie aus dem Ei geschlüpft sind.“

Und alle machten mit...

Der Weltsicherheitsrat tagt



China verurteilt die Grausamkeit



Soviel Dreistigkeit zieht Spanien die Hosen aus

Während die anderen Ausschüsse in den normalen Sitzungsräumen des Bundestages tagen, mutet die Atmosphäre im Sicherheitsrat immer leicht konspirativ an. Die 15 Mitglieder sitzen im „kleinen Kreis“ tief im abhörsichereren Gewölbe des Bundestages, wo sie über Krisen und Konflikte debattieren. Und damit nicht genug: ständig schwebt auch noch das Damoklesschwert des Vetos über den 15 Verschwörern...

Auch die Thematik ist so eine Sache: da sich der SR nur mit aktuellen Krisen und Konflikten beschäftigt, ist die Tagesordnung für alle schwer vorherzusehen und hängt stark von der individuellen Vorbereitung der Teilnehmer ab. Dieses Mal startete der chinesische Delegierte den Reigen der Debatten mit einem neuen Lösungsversuch in der Irak-Frage. Die von ihm und Russland getragene Resolution hatte einen klaren Schwerpunkt: Internationalität. Es sollen eben nicht nur die Siegermächte des Irakkrieges das Mandat zum Regieren haben, sondern der Wiederaufbau des Landes sollte von einer UN-Verwaltung ausgehen. Am Ende des Demokratisierungsprozesses sollten eine souveräne, voll funktionierende und repräsentative irakische Regierung und eine frische Verfassung stehen.

Wie schwer dieser Prozess des Demokratisierens wirklich ist, zeigt allerdings schon die Resolution, die mehr als nur eine fragwürdige Stelle enthielt. Einerseits soll der Rohstoffhandel im Irak einem gemeinsamen Gremium von UN und Besatzungsmächte übergeben werden, in einem späteren Absatz werden die Besatzer dagegen aufgefordert, so schnell wie irgend möglich das Land zu verlassen. Der friedenspreiswürdige Höhepunkt des Textes ist schließlich im operativen Absatz 11 erreicht, wo der Autor die „Verurteilung aller Grausamkeiten und Menschenrechtsverletzungen, die vor und während des Irakkrieges verübt worden sind“ fordert. Die SPUNited-Redaktion steht vollends hinter diesem revolutionären Schritt und hat beschlossen, keine weitere Zeit zu verlieren:

Wir verurteilen hiermit alle Grausamkeiten und Menschenrechtsverletzungen, die vor und während des Irakkrieges verübt worden sind, aufs schärfste. Besonders die Opfer der großen Völkerwanderung, der Inquisition und des übrigen dunkelsten Mittelalter, der Kreuzzüge, des 100jährigen Krieges, der napoleonischen Kriege, des Imperialismus, der Sklaverei, des 1. und 2. Weltkriegs, des Holocausts, sämtlicher Stellvertreterkriege des Ost-West-Konflikts, der großen Kulturrevolution, sämtlicher Postimperialistischer Bürgerkriege in Asien, Afrika und Lateinamerika, der Opfer



Was nun? Es gibt keine Rechtschreibfehler mehr.

des letzten Bohlen-Alboms, des Bonn-Berlin Umzugs und schließlich der letzten Hessenwahl.

Zurück zum Irak im SR. Da schafften es die Syrer tatsächlich, den Ausschuss über die Frage zu spalten, ob „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ im Text der Resolution enthalten sein sollte. Man sollte erwarten, dass solche Bagatellen relativ schnell erledigt seien, aber im gerade warmgelaufenen Sicherheitsrat endete auch dieser kleine Teil der Debatte mit so manchem Widerruf der Entscheidung des Vorsitzes, ja sogar Veto-Drohungen.

In einem solchen Ausschuss können die beiden Vorsitzenden noch so lange an die Vernunft der Teilnehmer appellieren- wer aus grammatikalischen Fehler einen formellen Staatsakt macht, muss sich nicht wundern, wenn am Schluss nichts erreicht wurde, als erneut die Umständlichkeit eines verkrusteten Gremiums darzustellen.

Gegen Ende gaben die Delegierten auf, dass Machwerk noch wenden zu wollen und so wurde die Resolution auf ihrem Weg in die Bedeutungslosigkeit durchgewunken.

Siedlungen für Öl?

Neue Lösungsansätze in der Menschenrechtskommission



Iris wacht über die Abstimmungen in der MK

Der Schutz indigener Völker war immer schon einer der klassischen Themen der Menschenrechtskommission. Ob es die Beduinen im Nahen Osten, die Urwaldbewohner des Amazonas oder die so genannten „Indianer“ Nordamerikas sind, seit Gründung der Kommission beschäftigen sich Abgeordnete mit den Problemen dieser Minderheiten. Zur „Erhaltung von Kultur, Sprache und Tradition“ sowie zur Steigerung der Lebensqualität indigener Bevölkerungen wurde gestern wieder ein Resolutionsentwurf eingereicht, diesmal durch die Staaten Ecuador und Peru.

Der vorgeschlagene Lösungsansatz war die Schaffung zentraler Siedlungen, die eine verbesserte Wasser- und Stromversorgung garantieren und eine Konservierung der oben genannten kulturellen Werte ermöglichen sollen. Doch dieser vermeintlich unstrittige Vorschlag barg anscheinend mehr Konfliktpotenzial als erwartet. Zum einen störte sich

der Delegierte der USA an der Allgemeinheit der Formulierung: „Auf Nomadenvölker ist ein solcher Vorschlag beispielsweise nicht anwendbar“. Zum anderen kritisierten Deutschland und Kenia, dass die Einrichtung solcher Siedlungen eine „Isolation statt einer Integration“ bewirken würde. Kaum hatte Peru gekontert, dass die verstreut im Regenwald lebenden Menschen isolierter kaum sein könnten, kamen auch schon derbere Anschuldigungen an die Resolutionseinbringer von Seiten Pakistans. Der Delegierte warf den Einbringern vor, die indigene Bevölkerung ihrer Länder als bloßen Vorwand zu nutzen, um kostengünstig an rohstoffreiche Flächen zu kommen.

Auf diese massive Vorwürfe erwiderten die angegriffenen Delegierten nüchtern, eine effizientere Ausbeute aus den Bodenschätzen des Landes komme der gesamten Bevölkerung, also auch dem indigenen Teil, zu Gute. Ferner ergeben sich aus der Besiedlung eines Gebiets keineswegs Eigentümerrechte, so dass stark differenziert werden muss, wenn von „Umsiedlungen“ oder ähnlichem die Rede wäre.

Nach einer kurzen Debatte wurde schließlich der erste operative Absatz gestrichen, der die Notwendigkeit eines Siedlungsbaus feststellte. Somit war selbst für einige der Mitunterzeichner, wie beispielsweise Spanien, der Zeitpunkt gekommen, sich der

Resolution entgegen zu stellen. China titulierte den Entwurf als „absoluten Blödsinn“, während Kamerun einfach aufgab und musste resigniert feststellen: „Es hat irgendwie alles keinen Sinn mehr.“

Trotz Rettungsversuche durch die Delegierte Ecuadors und mehreren Hinweisen der Vorsitzenden, Iris Kettelhoit, auf die große Zahl an potenziell konstruktiven Änderungsanträgen, entschloss sich der Ausschuss schließlich mit knapper Mehrheit gegen die Meinung der Vorsitzenden. Selbst der Versuch, die Delegierten zum Bau von Shrimpereien für die Verarbeiten der Nationalmeeresfrucht in den indigenen Dörfern zu überzeugen, scheiterte. Daraufhin lehnte die Kommission den vorliegenden Resolutionsentwurf mit überwältigender Mehrheit ab. Schade eigentlich, aber zwei weitere Resolutionen zum Thema liegen bereits auf dem Tisch und werden vermutlich heute behandelt werden.



Iris wacht über die Abstimmungen in der MK

„Sie haben genau 20 Sekunden!“

Die AK bricht den Geschwindigkeitsrekord

Als hätten sie „Erster!“ schreien wollen, peitschten die Delegierten der Abrüstungskommission direkt zu Beginn des Tages eine Resolution zur Errichtung eines nuklearen Kontrollrates durch ihren Ausschuss - Treibend und getrieben zugleich muss man hierbei wohl unzweideutig anmerken.

Ziel des neuen Rates sollte die Unterbindung der Proliferation von nuklearwaffenfähigem Material sein. Neben den fünf Veto-Mächten sollten auch Indien und Pakistan dem Kontrollrat, der eng mit der Internationalen Atomenergiebehörde zusammenarbeiten würde, angehören.

Doch weist die Resolution neben ihrer hervorragenden Eigenschaft der Schnelligkeit auch kaum übersehbare Mängel auf (zumindest wenn man sich mal die Zeit nimmt). So wird die Errichtung einer neuen Behörde innerhalb einer DIN-A4-Seite und innerhalb von fünf operativen Absätzen so abgefertigt, dass eine ordentliche Ausarbeitung von Aufbau, Struktur und Kompetenzen nicht zu sehen ist. Auch die Frage nach der Durchsetzbarkeit der in der Resolution genannten Maßnahmen bleibt die Abrüstungskommission schuldig.



Bitte, bitte, schlagen sie mich nicht, . . .

Während sich die Kommission also auf dem Qualitätssektor Einiges schuldig blieb, spielte sie auf einem anderen Gebiet ganz vorne mit. Sie führte die Liste der Anhörungen des Generalsekretärs unangefochten an. Der Generalsekretär beantwortete zwar alle Fragen brav, wusste jedoch mit fortschreitender Diskussion den Delegierten verstehen zu geben, dass er weitere Anhörungen für Lappalien nicht dulden würde, wodurch die Anhörungen schließlich drastisch zurückgingen.

Die anschließende Debatte über die Resolution zum Thema „Kindersoldaten“ schlauchte die Delegierten merklich. Nicht nur, dass Volker Abt als (stellver)tretender Vorsitz ein deutlich strengeres Regime in der AK einführte als seine Vorgänger (führend in der Vergabe von Rügen am ersten Sitzungstag), das rasante Thema in dem die einzelnen Absätze abgehandelt wurden („Ihre Zeit läuft!!!“) führten zu reichlich durcheinandergewürfelten Statements, wie das von Kanada: „Alle Kinder unter 18 sind Kindersoldaten !?“

Stilblüten:

Volker Abt, (stellver)tretender Vorsitzende der AK: „Rügen sind zum Vorteil der Delegierten gedacht und nicht um die Entscheidungsgeilheit des Vorsitzenden zu befriedigen.“

Saudi-Arabien in der SE: „Wer ein Kamel verliert, sucht nicht nach dem Sattel, daher sollten wir den Absatz streichen lassen.“

Volker Abt, (stellver)tretender Vorsitzende der AK: „Paraguay, entweder sie mäßigen sich oder sie lernen den Bundestagsgarten kennen.“

Änderungsantrag von Japan und Norwegen in der ÖN: „bittet um die Unterstützung des traditionellen Nomadentums in Afrika sowie eine Steuerbefreiung selbiger“

USA zu Nigeria in der ÖN: „Na da können wir unser Geld ja gleich in Säcken zu euch karren.“

Volker Abt: „Das sind keine Klos, das sind vorgelagerte sanitäre Einrichtungen.“

Spanien in der RK: „Die Antwort hat mir mein Bosnier vorweggenommen.“

Matthias Koch darauf: „Ohne meinen Bosnier sag ich nichts.“

Singapur im ÖN: „Ich hab nichts zu sagen, nein, nein, ich hab nichts zu sagen.“

Dragan: Ich muss mich irgendwann heute Abend noch ... frisch machen
Darauf Matthias Koch: Zivis vor!

Palästina in der REK: „Kann mal jemand einen Änderungsantrag stellen, damit ich weiß, ob ich dem Absatz zustimmen kann?“

Generalsekretär Djamal Adib zu Inga, der Vorsitzenden des SR (während der Vorbereitung): „Keine Sorge, Schätzchen, ich regel das schon.“

Nippons Nachhaltigkeit

WP - Hier werden sie nachgehalten

Eine SoKo zur Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Politik? Wofür soll das denn gut sein? Um die Reden zu zählen, in denen Manager und Politiker von Nachhaltigkeit sprechen, sie dann aber doch nicht umsetzen? Nein, darum ging es in der SoKo nun wirklich nicht. Vielmehr gab es viele große Sätze zu hören. Wie auch anders, wenn die Resolution Mexikos und Kenias schon den pompösen Titel „Reform der Entwicklungshilfe und Armutsbekämpfung“ trug?

Besonders viele Sätze gab der Delegierte Japans zum besten, der eine Verkürzung der Redezeit zum Anlass nahm, seine ohnehin schon maschinengewehrartigen Beiträge noch schneller vorzutragen. Besonders große Sätze lieferten der Beobachter der attac („Die Globalisierung ist ein *globales* Problem.“) und sein Gegenspieler aus den USA: „Fakten müssen nicht die Wahrheit sagen.“



Der Ausschuss aus Sicht der Vorsitzes

Mit ungewöhnlich harten Klassenkampfparolen machte die chinesische Delegation auf sich aufmerksam. Nicht nur, dass sie Demokratie als Rückschritt bezeichnete, sondern auch die ungewöhnlich harsche Globalisierungskritik ließen doch auf zukünftige Schwierigkeiten Chinas mit der WTO schließen.

Aber nicht nur Anschuldigungen, sondern vielmehr auch Selbsterkenntnis prägten die Debatte. So gab der Delegierte Venezuelas zum Besten, er wisse, dass er von einem korrupten Präsidenten regiert werde. Sehr feinfühlig präsentierte sich

schließlich einmal mehr der gesamte Ausschuss: Menschen, die verhungern seien gar nicht faul, sie seien vielmehr gar nicht daran interessiert zu verhungern.

Soviel Sensibilität konnten die Delegierten freilich nur durch die Ausstrahlung der souveränen Vorsitzenden erlangen. Oli Bischof verfasste schon mal Zwischenfragen vor, wenn es ein Delegierter beim besten Willen nicht verstehen wollte, wie das funktioniert. Komplettiert wurde das durchweg positive Bild des Vorsitzes durch die gekonnten Erklärungen von GO-Raffinessen durch Raphael Konrad.

Doch sowohl die Umsicht des Vorsitzes, als auch die Kompromissbereitschaft des Japaners vermochten die rhetorische Auseinandersetzung nicht zu mildern, so dass sich eine interessante Diskussion bot, die heute fortgeführt werden wird.

Die verwüstete Öko-Kommission

Impressionen der Söko

„Ich denke, dass wir diesen Absatz nicht in die Resolution übernehmen sollten, denn die Resolution ist schon zu lang.“ Dieses Zitat drückt die anfängliche Atmosphäre in der Sonderkommission für ökologische Nachhaltigkeit wohl am ehesten aus. Doch mit der Tristesse war es nach den ersten drei einleitenden Absätzen auch schon vorbei. Bis dahin lag ein Hauch von Lethargie über der 21-köpfigen SoKo, der seinen „is mir egal“-Höhepunkt in der Enthaltung von 13 Delegierten bei einer Abstimmung über einen Absatz fand.

Doch dann kam der vierte einleitende Absatz, und mit ihm die Wende: Von nun an lieferten sich die Delegierten angeführt von Nigeria und den USA einige rhetorische Scharmützel. Der Delegierte Nigerias konnte sein Land in

einem Selbstbeweihräucherungsantrag nicht unerwähnt lassen, und sicherte den übrigen Delegierten zu, sich genauso verhalten zu haben, wäre er der Vertreter eines anderen Staates gewesen. Und in solch einem Höhenflug deuteten sich bei Nigeria schon Tendenzen zur Amtanmaßung an, die der souveräne Vorsitz allerdings mit den Worten: „Nigeria, der Vorsitz sitzt woanders“ abwehrte.

Doch nicht nur durch sein kühnes Auftreten, sondern auch durch seine zeitweise vertretenen verwegenen Theorien machte der Delegierte von sich reden. So schien es ihm zeitweise legitim, die Bekämpfung der Desertifikation durch eine erhöhte Erdtemperatur und damit einhergehenden verstärkten Regenfällen erreichen zu wollen.

Der Gegenpart USA gab sich hingegen gewohnt selbstbewusst: „Wir haben das Recht, dermaßen die Luft zu verpesten, wie wir dafür Rechte gekauft haben.“ Doch nicht nur durch Hochmut, sondern vor allem durch scharfsinnige Analysen fiel der Amerikaner auf: „Ich glaube einige Staaten haben zuviel Sand im Land“. Als sich die Delegierten gegenseitig ins „Phantasialand“ wünschten, glitt die Diskussion doch zusehends in entwicklungspolitische Detailfragen ab. Doch auch diese Prüfung meisterte der Vorsitz, Moritz Suppliet, ebenso einfach und wirkungsvoll, wie später die Probleme der Delegierten bei der Unterscheidung zwischen verschiedenen Abstimmungen: „Alle die eben dafür gestimmt haben müssen jetzt auch dafür stimmen, das ist im Prinzip die selbe Abstimmung“.

Wir definieren unsere Welt...

...und andere Wortspielereien der Internationalen Rechtskommission

Abgeschieden von den anderen Ausschüssen um in aller Ruhe Probleme des internationalen Rechts diskutieren zu können tagte die internationale Rechtskommission im Seminarraum der Jugendherberge. Als erstes Problem stand die Abgrenzung von Terrorismus und Freiheitskampf auf der Tagungsordnung. Behandelt wurde dies an Hand einer von Spanien eingebrachten Resolution.

Wie schwierig diese Differenzierung ist, zeigte sich gleich zu Beginn der Debatte. Israel beschwerte sich, dass palästinensische Attentäter „zu Heroos hochsterilisiert werden“. Dagegen wurden die Palästinenser von den arabischen Staaten, allen voran von der Delegierten des Libanons, als Freiheitskämpfer verteidigt.

Nach einer hitzigen Debatte, die oft und gerne mal mit einem persönlichen Antrag auf Änderung des Verschlusszustandes eines der zahlreichen Fenster unterbrochen wurde, fand man schließlich je eine Definition für Terrorismus und für Freiheitskampf. Demnach liegt eine terroristische Handlung vor, wenn eine gewaltsame und vorsätzliche Handlung einer Interessengemeinschaft nur das Ziel hat, eine bestehende und international anerkannte Regierung, welche nicht diktatorisch ist, zu stürzen oder zu schwächen. Freiheitskämpfer sollen unterdrückte Menschen in diktatorischen Staaten sein, die für ihr Recht auf Freiheit gemäß der Charta der



Für die einen ist es Freiheitskampf, für die anderen

Vereinten Nationen kämpfen und dabei zivile Opfer zu vermeiden versuchen. Weiterhin einigte man sich in der Resolution darauf, dass es in Staaten, die nach demokratischen Maßstäben handeln, keine Freiheitskämpfer geben könne.

Das Juristendeutsch dieser beiden Definitionen machen einem neutralen Beobachter schnell deutlich, dass man es hier mit der Rechtskommission zu tun hat. Relativ kompliziert für den juristischen Laien wurden die Definitionen, da peinlichst darauf geachtet wurde, dass auch möglichst jeder strittige Fall der Abgrenzung zwischen Terroristen und Freiheitskämpfern anhand der beiden Definitionen zu lösen sei.

Aber dennoch scheinen selbst diese Definitionen noch nicht auszureichen um endgültig und eindeutig zu differenzieren. So gab unter anderem die Delegierte des Libanons zu Protokoll, dass ihr Land in Einzelfällen die Definitionen noch auslegen werde. Die Hisbollah jedenfalls sei nach libanesischer Auslegung keine Terrororganisation.

Auch China schien die Definition für den Terrorismus noch nicht genug zu sein. Ein Antrag, jedes Vorgehen von Interessengruppen gegen souveräne Staaten als Terrorismus zu definieren, scheiterte jedoch. Im Rahmen dieses Antrages kam es zu Wortgefechten zwischen den USA und China. Die USA hatten auf den chinesischen Antrag erwidert, sich auch in Zukunft vorzubehalten zusammen mit Oppositionsgruppen in souveränen Staaten zu intervenieren, um diktatorische Regime zu beseitigen. Zudem stellte die Delegierte der USA die Frage in den Raum, ob denn der Delegierte Chinas nur so zynisch sei, weil China noch nicht durch die USA befreit worden sei. China drohte daraufhin mit der Unterwanderung der USA durch chinesische Immigranten. Nachdem die Spannungen zwischen den beiden Ländern wieder beigelegt waren, stimmten letztlich 24 Delegierte für die Übergabe der Resolution an die GV. Nur 4 Staaten konnten der Resolution nicht zustimmen.

Die Vorsitzenden der Rechtskommission waren sowohl mit der verabschiedeten Resolution als auch mit der überaus guten und konstruktiven Arbeit fast aller Delegierten zufrieden. Nur zweimal bekam Frankreich wegen mangelhaftem Stehvermögen eine Rüge erteilt. Neben dem Tagungsort unterschied die Rechtskommission noch von anderen Ausschüssen, dass sich die Delegierten auch nach dem Abendessen wieder in den Seminarraum begaben, um schon einmal die Debatte über den Internationalen Strafgerichtshof am Freitagmorgen vorzubereiten.



“Wir haben gar keine Wüste !”

NACHRICHTEN

MAPUTO, MOSAMBIK

Die Regierungen Afrikas müssen nach den Worten von UN-Generalsekretär Kofi Annan dem Kampf gegen AIDS höchste Priorität einräumen. Annan forderte die Regierungschefs beim Gipfel der Afrikanischen Union am Donnerstag dazu auf, die tödliche Mauer des Schweigens um die Seuche einzureißen. Nach Schätzungen sind in Afrika rund 30 Millionen Menschen mit dem HI-Virus, der die Immunschwächekrankheit auslöst, infiziert.

MOSKAU, RUSSLAND

In der russischen Hauptstadt haben gestern Sicherheitsleute einen erneuten Bombenanschlag verhindert. Eine Tschetschenin wurde dabei beobachtet, wie sie eine Bombe in ein Café in der Innenstadt bringen wollte. Die Bombe war in einer Tasche versteckt, die auf der Straße zurückgelassen worden war. Als sich ein Experte des FSB der Tasche näherte, um den Sprengsatz zu entschärfen, sei er explodiert. Dabei kam der Sprengstoffexperte ums Leben.

BRÜSSEL, BELGIEN

Der EU-Reformkonvent hat den Entwurf für die erste Verfassung der Europäischen Union angenommen und zur abschließenden Beschlussfassung an eine Regierungskonferenz überwiesen. Die Verfassung soll nach dem Beitritt von zehn neuen Ländern wahrscheinlich am Europatag am 9. Mai 2004 in Rom unterzeichnet werden. In Kraft treten kann sie erst nach ihrer Ratifizierung in allen dann 25 EU-Staaten. Als frühester Termin dafür gilt 2006.

PAY DAY

Donald „Rummy“ Rumsfeld, Verteidigungsminister des weltweiten Marktführers in der Streubomben-Industrie, präsentierte der Weltöffentlichkeit gestern die Rechnung für die Scharmützel, die Mitte April zum Sturz mehrerer Statuen in Bagdad geführt hatten. Laut Spezialisten des Pentagon kostet der Einsatz von rund 145.000 US-Soldaten in der Region ca. 4 Milliarden Dollar – im Monat. Das sind umgerechnet ca. 670.000 PST (Plenarsaltage) bzw. 1826 PSJ (Plenarsaaljahre). Obwohl diese neue Zahlen die ursprünglichen Planungen des Pentagon verdoppelte, zeigte sich Rummy optimistisch: „Ich da so einen Freund von mir, George heißt der. Er sagt, er könnte das zahlen, der kennt da nämlich so ein paar Steuerzahler die ihm jeden Monat 'nen Haufen Geld in die Hand drücken. Die Summe mag hoch klingen, aber bei so viel Spaßfaktor für uns alte Haudegen war diese Iraqi Freedom-Geschichte einfach mal fällig.“ Mittelfristig will das Pentagon allerdings alternative und kostengünstigere Wege der Seniorenunterhaltung finden, um doch mehr Geld in die Entwicklung der neuesten aufblasbaren Nachtsicht-Laserschwerter oder des Wireless WMD-Detectors zu stecken.



Donny tanzt den Macarena "Yankee Doodle Style"

A BONNDING EXPERIENCE

Nach dem ersten Tag voller Sitzungen stand im Anschluss an das Abendessen der zweite Auftritt des Carpe-Noctem-Teams an. Dieses Mal stand ein Ausflug in das Bonner Nachtleben auf dem Programm. Trotz teilweise widersprüchlicher Informationen über die Abfahrtszeit, die zeitweise kursierten, fand sich um 21.00 h doch ein Großteil der Delegierten (die Polizei sprach von etwa 120 Teilnehmern) an der Bushaltestelle vor der Jugendherberge ein.

Das Gesicht des Busfahrers bei der Anfahrt an die Haltestelle stellte sofort klar, dass er nicht über den Versuch, den Guinness-Rekord „Wie viele Menschen passen in einen Linienbus?“ zu brechen, nicht informiert worden war. Das hielt die Teilnehmer aber natürlich nicht davon ab, es trotzdem zu versuchen. Nicht ohne Stolz kann die SPUNited-

Redaktion verkünden, dass das Vorhaben gelang und alle Delegierte im Bus Platz fanden. In bester Stimmung setzte sich die Ladung in Bewegung. Der Busfahrer honorierte die Flexibilität der Insassen („könntest du bitte deine Ferse aus meiner Achsel nehmen?“) und versuchte erst gar nicht an den für die SPUNer uninteressanten Haltestellen weitere Personen in den Bus zu lassen. Als sich der Bus dann langsam der Stadt näherte, konnte man die Hilfe suchenden Blicke der Passagiere in spe nicht mehr ignorieren, so dass unter aufmunternder Rufe der Gruppe („einer geht noch rein“), der Rekord wieder und wieder gesteigert werden konnte.

Schließlich erreichte der Bus mit der Poppelsdorfer Allee das Ziel der Reise. Nach einem kleinen Fußmarsch am Bonner Schloss entlang marschierte die Gruppe unter großem Interesse der anwesenden Schaulustigen im „Alten Zoll“ ein. Der folgende Sturm auf die Getränkeausgabe wurde von den Mitarbeitern vor Ort gerade noch gemeistert. Nach einer allgemeinen Erfrischung teilten sich die SPUNer dann auf. Ein Teil mischte sich unter das Volk und ließ sich auf den Wiesen am Rhein nieder, während der Rest in Richtung Innenstadt verschwand. Insgesamt eine gelungene Einführung in den Abend und die definitiv unvergesslichste Busfahrt der SPUN-Geschichte.